

KOLUMNE ZUR ÖKUMENISCHEN SOZIALINITIATIVE (X)

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben 2014 den Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vorgelegt. Ziel dieser Ökumenischen Sozialinitiative ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Die folgende Kolumne befasst sich mit These X der Initiative: „An der Gestaltung eines europäischen Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft mitwirken“. Mit diesem Beitrag endet die Reihe unserer Kolumnen zur Ökumenischen Sozialinitiative. Die Diskussionsphase der Sozialinitiative läuft aber noch bis zum 28. Februar. So lange können auf der Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de auch noch Kommentare abgegeben werden. Danach wird von den beiden Kirchen eine „Ökumenische Feststellung“ erarbeitet, mit der die Debatten zu einer erneuerten Wirtschafts- und Sozialordnung gewürdigt werden sollen.

Europas soziale Konturen schärfen

VON KATRIN HATZINGER

Erst in der letzten These der ökumenischen Sozialinitiative steht explizit die europäische Dimension der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Mittelpunkt. Die europäische Dimension muss aber auch bei den voranstehenden neun Thesen immer mitgedacht werden, denn zur Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung ist Europa unabdingbar. Dass der europäische Politikansatz in der Praxis weiterhin nicht selbstverständlich ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Derzeit sind 24 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger ohne Arbeit, darunter 5,7 Millionen junge Menschen. Rund 123 Millionen Menschen sind von relativer Armut (materielle Deprivation) bedroht. Die Staatsschulden-, Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch nicht überwunden.



Katrin Hatzinger.

Foto: priv.

Auch vom Ziel der Europa-2020-Strategie der Europäischen Union (EU) aus dem Jahr 2010, „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ zu schaffen, ist man zur Halbzeitbilanz noch weit entfernt. Aber nicht nur die Armut in der EU hat zugenommen, sondern auch das Wohlstandsgefälle zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Mitgliedstaaten. Der wachsenden ökonomischen Kluft folgt eine soziale nach. Europa droht eine soziale Spaltung.

Die Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich der Sozialpolitik sind beschränkt, die Erwartungen der Menschen an die Politik in Europa sind es nicht. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr soziale Gerechtigkeit und Risiko-Absicherung. Die zunehmende soziale Ungleichheit und Ungewissheit schürt Ängste und Politikverdrossenheit und befördert den Wunsch nach ein-

fachen politischen Antworten. Der oft als undemokratisch und intransparent wahrgenommene Brüsseler Politikbetrieb eignet sich gut als Angriffsfläche und die Rückkehr in die überschaubaren Zeiten des Nationalstaates erscheint offenbar Manchem als reizvolle Alternative.

In der Sozialinitiative weisen die beiden großen Kirchen auf die Sprengkraft der Wirtschafts- und Finanzkrise hin und warnen davor, dass bei ihrer Bekämpfung das europäische Gemeinschaftsgefühl auf der Strecke bliebe. „Deshalb ist die Bewältigung der Eurokrise nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Frage, sondern eine essenzielle Frage nach dem Zusammenhalt Europas“, heißt es richtigerweise weiter.

Doch ist Europa wirklich das Problem oder nicht vielmehr Teil der Lösung? Die existierende Ungleichheit resultiert nämlich aus Strukturdefiziten und Versäumnissen in den Nationalstaaten.

Die beiden Kirchen setzen auf das Zusammenspiel der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität im Sinne von Eigenverantwortung, um die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme in der EU zu lösen. So fordern sie, dass die von der Krise besonders betroffenen Länder nicht sich selbst überlassen werden dürfen. Gleichzeitig führe aber mittel- und langfristig kein Weg an Modernisierung und Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten vorbei. Das ist sicherlich eine richtige Analyse, doch ist die Wirklichkeit um einiges komplexer, als es die Formel von Solidarität und Verantwortung erahnen lässt. Die europäische Politik bewegt sich auf einem schmalen Grad, um beiden Prinzipien gerecht zu werden und es braucht eben auch Zeit, bis angestoßene Reformen Wirkung zeigen und die Ehrlichkeit, Fehler der Vergangenheit selbstkritisch zuzugeben.

Die Glaubwürdigkeit der Europapolitik der nächsten Jahre wird in hohem Maße davon abhängen, ob es gelingen wird, den sozialen Frieden in der EU zu erhalten und damit wieder Vertrauen in die Politik aufzubauen. Diese Leistung kann die EU aber nicht allein erbringen, hier ist ein Zusammenspiel von nationaler und europäischer Politik nötig.

Tatsächlich muss die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion konkret ausgestaltet und für die Bürgerinnen und Bürger greifbar werden. Europa muss als Solidargemeinschaft seine sozialen Konturen schärfen. Hier sind Ideen gefragt, die gemeinsam mit Sozialpartnern, Kirchen und Zivilgesellschaft entwickelt werden sollten. Auch ein überzeugendes Konzept gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung von Großunternehmen in der EU gehört ganz oben auf die Agenda. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker macht sich für ein soziales Europa stark. Ein milliarden-schweres Investitionsprogramm soll die Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen. Fraglich ist jedoch, ob es Juncker gelingt, wirklich die angekündigten Investitionen von 315 Milliarden Euro tatsächlich zu mobilisieren. Abzuwarten bleibt zudem, was aus dem Versuch einiger Mitgliedstaaten wird, eine Finanztransaktionssteuer zu etablieren. Schließlich bleibt der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Die Kirchen sind bereit, an der Gestaltung einer europäischen Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft mitzuwirken. Das ist eine klare und wichtige Aussage.

Oberkirchenrätin Katrin Hatzinger leitet die Dienststelle Brüssel der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).